

Studierendenproteste:

Quo vadis, TU Graz?

Im Zuge der Uni-Besetzungen in Wien und an der Karl-Franzens Universität Graz, wurde am 27. Oktober zur Vollversammlung der Studierenden der TU Graz geladen. Ziel der Versammlung war es, basierend auf den Ansichten der Studierenden zu den Protesten, den Weg für das weitere Vorgehen an der TU Graz zu weisen.

Nachdem die Proteste ihren Anfang an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, aufgrund der Umstellung der Studienpläne auf Bachelor und Master, genommen hatten und in der Folge das Audimax der Uni Wien und die Vorklinik an der Uni Graz besetzt wurden, war es auch für die HTU Graz an der Zeit, die Proteste genauer ins Auge zu fassen. Um nicht über die Köpfe der Studierenden hinweg zu entscheiden, ob und welche Protestmaßnahmen zu der Thematik ergriffen werden könnten und, um ein möglichst breites Meinungsspektrum zu erhalten, lud die HTU deshalb zur Vollversammlung der Studierenden an der TU Graz.

Der Einladung in den HS P1 kamen mehr als 300 interessierte Studierende nach. Ebenso fanden sich Rektor Sünkel und Vizerektor Kainz ein, um zu den bereits laufenden Protesten Stellung zu nehmen und um auf die Fragen der Studierenden eingehen zu können. Christian Dobnik, ehemaliger Vorsitzender der HTU, moderierte die Versammlung.

Um alle Anwesenden auf den gleichen Stand zu bringen, fasste Andreas Kainer, Vorsitzender der HTU, zu Beginn der Versammlung nochmals alle bis dato bekannten Geschehnisse in Verbindung mit den Protesten zusammen. Weiters bekamen die grundlegenden Probleme, welche Auslöser der Proteste sind, bei der Einführung ihren Platz.

Probleme an der TU Graz

Daran anknüpfend kamen insbesondere die Probleme, welche an

der TU Graz vorherrschen, zur Sprache. Zum einen wurde hierbei der hohe Drittmittelanteil der Uni, wodurch Abhängigkeiten gegenüber Unternehmen entstehen können, genannt, sowie der Mangel an - den Studierenden zur Verfügung stehenden - Lernräumen. Des Weiteren fand Beachtung, dass die Studien an der TU Graz zu sehr verschult seien und eine zu geringe Interdisziplinarität aufweisen. Außerdem wurde die Umsetzung des NAWI Graz Projektes bemängelt.

Das Rektorat nimmt Stellung

Nach einigen Impressionen von den laufenden Besetzungen und den Berichten von BesetzerInnen der Uni Graz kam nun auch Rektor Sünkel zu Wort. Er merkte zunächst an, er hoffe, dass der Druck, den die Studierenden ausüben, auch tatsächlich zu Änderungen führe, um die universitäre Lage zu verbessern.

Im Bezug auf den Bologna-Prozess führte er allerdings an, dass die Universitäten bei der Umsetzung des neuen Systems im Zugzwang seien. Dabei sprach er jedoch auch davon, hier für Verbesserung sorgen zu wollen. BachelorabsolventInnen sollten arbeitsfähiger werden. Vizerektor Kainz bemerkte aber auch, das Bachelorstudium an der TU Graz diene vorrangig der Schaffung einer naturwissenschaftlichen Basis. Eine fachliche Ausrichtung werde erst im Masterstudium vollzogen.

Zum Thema Zugangsbeschränkungen meinte Sünkel sinngemäß, eine Einführung derselben an einzelnen Universitäten führe nur zu

Problemen an anderen Universitäten. Entsprechend müsse es für überlaufene Studien an allen Universitäten Zugangsbeschränkungen geben.

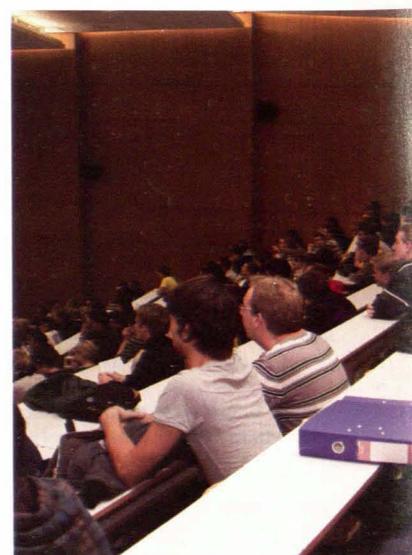
In Sachen Drittmittelproblematik gestand er ein, dass Lehraufträge ohne diese Mittel nicht möglich seien. Er widersprach jedoch darin, dass dadurch Abhängigkeiten gegenüber den DrittegeberInnen entstünden.

Zudem gab er an, dass eine Verschulung im Studium an mancher Stelle unumgänglich sei. Er meinte aber auch, dass es versucht werde, das nötige Ausmaß hierbei so niedrig wie möglich zu halten. Das NAWI-Projekt, räumte er ein, sei noch unausgereift, und die Interdisziplinarität sei auch noch nicht immer ausreichend gegeben. Anschließend merkte Vizerektor Kainz an, zum Problem der Lehrräume liefen ambitionierte Projekte. Es gäbe aber Probleme bei deren Realisierung. Neben vielen Einzelmaßnahmen wolle man versuchen, flächendeckender zu arbeiten. Allerdings seien die finanziellen Möglichkeiten in der Infrastruktur sehr begrenzt, da ein Großteil der zur Verfügung stehenden Gelder bereits im Vorhinein fest verplant sei.

Das deckt sich mit der Aussage Sünkels, dass österreichische Universitäten im internationalen Vergleich weit unterfinanziert seien. Zum Thema Finanzen führte Sünkel weiters an, dass auch bei der Studienplatzfinanzierung Probleme zu erkennen seien. Die österreichischen Universitäten erhalten bis 2013 jährlich 157 Mio. >>



Andreas Kainer bei seinen einleitenden Worten





Niemand will im rechten Eck sein



Rektor Sünkel und Vizerektor Kainz am Rednerpult

>> Euro Refundierung für den Ausfall der Studiengebühren vom Bund, unabhängig von den tatsächlichen Ausfällen. Dem gegenüber stünde ein Studierendenzuwachs von derzeit etwa 5 bis 6% Prozent jährlich. [1] Ein Ausgleich abhängig von den Studierendenzahlen sowie eine Inflationsabgeltung seien dabei leider nicht angedacht.

Zur Frage Dobniks, ob er für oder gegen Studiengebühren sei, entgegnete Sünkel diplomatisch, für ihn sei es unerheblich, ob das Geld von den Studierenden oder vom Steuerzahler komme. Er könne sich jedoch auch die Einhebung moderater Studiengebühren in Verbindung mit einem besseren Stipendiensystem vorstellen. In jedem Fall empfinde er es aber als eine Zumutung, neben dem Studium zusätzlich arbeiten zu müssen.

Diskussionrunde mit den Studierenden

Nach Sünkels Ausführungen hatten nun auch die anwesenden Studierenden die Möglichkeit, ihre Meinung zu den Protesten und den Problemen zu äußern.

Dabei begann die Diskussion erwartungsgemäß zuerst mit den Studiengebühren. So sprachen sich vereinzelt Studierende für Gebühren aus. Begründet wurde dies über die notwendige Mitfinanzierung der Universitäten. Bildung müsse einen entsprechenden Gegenwert haben.

Den einzelnen BefürworterInnen der Studiengebühren stand eine Mehrheit an GegnerInnen bei der Versammlung gegenüber. Sie ar-

gumentierten, dass die Gebühren, als sie noch semesterunabhängig von allen Studierenden erhoben wurden, keine Verbesserung in der Qualität des Studiums mit sich gebracht hätten. Wenn Studiengebühren erhoben werden sollten, dann nur bei entsprechender Gegenleistung. Des Weiteren rechne sich ein freies Studium für den Staat in jedem Fall trotzdem: Da AkademikerInnen durch höhere Steuern in der Regel weit mehr Gelder an den Bund zurückführten, würden sich die Kosten des Studiums so wieso amortisieren. Ferner sollte Bildung als bedeutendes Gut in der Gesellschaft für jedermann frei zugänglich sein.

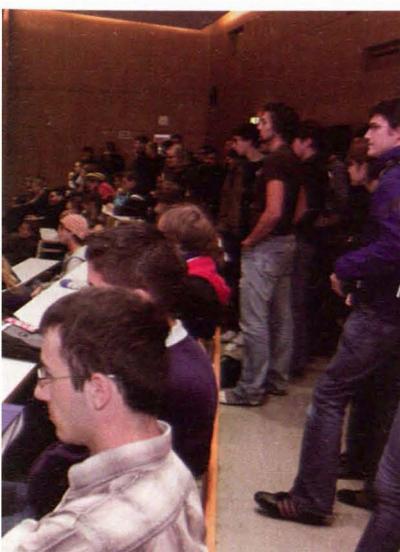
Zum Thema Zugangsbeschränkungen wurde angemerkt, dass die Universitäten nur so viele Leute ausbilden können, wie Platz vorhanden ist. Allerdings kann dieser Gedankengang schnell missbraucht werden. Durch vorgelagerten Platzmangel könnten massive Zugangsbeschränkungen die Regel werden. Das Budget solle an die Studienplätze angeglichen werden und nicht umgekehrt. Es fiel die Frage, ob an der TU Graz Zugangsbeschränkungen zur Debatte stünden. Sünkel antwortete, an der TU Wien hätte es über 1000 Architektur-Inschriften gegeben. Sollte es dort Beschränkungen geben, so komme auch die TU Graz nicht umhin, selbiges zu tun. Für Molekularbiologie seien derzeit keine Diskussionen über Zugangsbeschränkungen im Gange, führte Sünkel weiter aus. Es ist anzumerken, dass es hier mittlerweile doch Bestrebungen gibt, in der Molekularbiologie ebenfalls Zugangsbeschränkungen einzuführen.

Weiters im Rahmen der Debatte angeführt wurde die Frage, ob es Sinn der Drittmittel sei, die Lehre zu finanzieren. Ebenso sprachen sich viele der anwesenden Studierenden gegen schnelles Studieren aus. Sinnvolles Lernen bliebe dabei auf der Strecke. Der Sinn des Studiums, eine umfassende Weiterbildung zu ermöglichen, ginge ansonsten verloren.

Protestmaßnahmen an der TU Graz

Nach über zweistündiger Versammlung war es schließlich an der Zeit, über das weitere Vorgehen an der TU Graz zu beraten. So war zunächst zu klären, ob die Studierenden der TU Graz gemeinsam mit den Studierenden der Uni Graz weiter agieren, oder ob sie eigene Wege gehen wollen. Aus den Reihen der Anwesenden klang immer wieder heraus, man solle sich mit den Studierenden der Uni Graz solidarisieren und die Besetzung der Vorklinik mit unterstützen. Im Laufe der Diskussion rückte allerdings mehr und mehr eine TU-eigene Besetzung in den Vordergrund. Letztendlich wurde in Absprache mit dem Rektorat entschieden, in den HS BE01 zu übersiedeln, wo über eine dauerhafte Besetzung beraten werden sollte. Dort sollten eigene Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit den Problemen an der TU Graz beschäftigen. Auf diese Weise könnten die eigenen Forderungen besser vertreten werden. Mit der Übersiedelung und der darauf erfolgten Besetzung des HS BE01 endete die Vollversammlung.

Text: Alexander Aigner
Fotos: Alexander Koch



Das Interesse ist groß, der Hörsaal P1 gut gefüllt